

Hallische Zeitung



vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Insertionsgebühren

für die fünfgehaltene Seite oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Preisung nur 10 Pf. sonst 18 Pf.

Reclamen am Schluss des redactionellen Theils pro Seite 40 Pf.

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wöchentlich in erster Ausgabe Sonntag mit 1 1/2 Uhr, in zweiter Ausgabe Montag 5 Uhr.

Genussverbindungen mit Berlin u. Leipzig. Anstalt Nr. 158.

Nummer 254.

Halle, Mittwoch 30. Oktober 1889.

181. Jahrgang.

Bestellungen

auf die Hallische Zeitung

für November und Dezember werden zum Preise von 2 Mark von allen Kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern und der Expedition entgegengenommen.

Halle, 29. Oktober.

Politik und Christenthum.

(Schluß.)

Aber genügt das immer? Muß nicht auch einmal ein tieferer Schnitt geschehen, eine ganz neue Entwicklung begonnen werden? (Der Conservatismus allein würde z. B. schwächlich jemals eine Reformation zu Stande bringen), und sind dem Conservatismus nicht hier und da die Hände etwas gebunden? Nur ein Beispiel. Ich möchte glauben, die conservative Partei im ganzen wird das Duelle - dies allgemeine durch Geschichte und Praxis gewissermaßen functionirte Antithese - nicht so unbedingt und ohne weiteres abschaffen. Als Trägerin und Vertreterin des Christenthums aber müßte sie es unbedingt. So wird es noch andere christliche Ideale geben, die sie einzuweihen noch beifanden, noch andere christliche Ideen, denen gegenüber sie sich zur Passivität verhalten sieht.

Oben darum bedarf sie auch als christliche, wie als politische, Partei der Ergänzung durch eine andere Partei, welche rücksichtslos, eingreifender, ihren Principien nach, vorgehen kann, da sie nicht in erster Linie die geschichtliche Continuität, sondern die Ideen, das Ideal zu ihrem obersten Bestimmungsgesetz hat. Es ist dies die liberale Partei. Also die wahren Principien des Liberalismus, vereinigt mit den Principien des Conservatismus, sind erst im Stande, Kirche und Christenthum vorwärts zu bringen. Statt weiterer Deduktionen nur ein prächtiges Beispiel, die auf der Tagesordnung stehende Bibelrevision! Der Conservative wird mit Jagen und Jägern daran gehen, einen nur schon Jahrhunderte lang so gelehrten, ja gelebten Wappstein zu ändern, so daß er einen ganz andern Sinn bekommt. Der Liberale wird sagen: Die Ideen, die Wahrheit geht über Alles! und er wird unbedingt die Aenderung vornehmen. Aber Weidens ist geboten: Vorsicht und doch auch Mut der Wahrheit.

Aber widerstrebt der Liberalismus, seinem innersten Wesen nach, indem er vorwiegend durch Vernunftselbe und Vernunftselbe sich bestimmen läßt, nicht dem Christenthum, in dem es doch gilt, die Vernunft gelassen nehmen unter den Gesetzen des Glaubens? Wir wollen nicht wiederholen, was schon oft genug gesagt ist, daß die reinsten und tiefsten Ideen des Liberalismus, wie des Socialismus, in geistlichen Ideen wurzeln, daß demnach der Liberalismus dem Christenthum innerlich weisensverwandt ist; aber finden denn die Wahrheiten des Christenthums wirklich widerwärtig oder gar unmöglich? Wenn sie es wären, würde es keinen christlichen Philosophen geben.

Daß sie es nicht sind, im einzelnen zu beweisen, ist hier nicht der Ort und die Zeit. Und wird der exakte Naturforscher jemals in das letzte und innerste Geheimnis des natürlichen Lebens eindringen? Wenn es also auch für ihn einen Rest gibt, wo die Erkenntnis aufhört, und der Glaube ansetzt, und er dennoch die Natur darum nicht aufgibt, warum müßte man das Christenthum aufgeben, was es auch in ihm Geheimnisse gibt, die für die Vernunft undurchdringlich sind und dem Glauben allein zu erfassen sind?

Wären wir noch einen ständigen Blick auf die socialdemokratische Partei! So lange dieselbe ihren anarchischen Charakter behält, fällt sie selbstverständlich aus dem Rahmen der christlich und sittlich erlaubten Parteien heraus und gehört nicht in den Kreis dieser Betrachtungen. Wie Gott ein Gott der Ordnung ist und seine erste Weltthat die Herstellung der Ordnung im Chaos war, so ist auch das Reich Gottes ein Reich der Ordnung und das Christenthum die Religion der Ordnung, darum es auch die Ordnung hindere Übergang ist von Gott geordnet ansetzt. Was aber von guten Ideen als von Bestrebungen in Socialismus vorhanden ist, das verdammt wieder - seinen Verwerflichen unberührt, sie würden aus der Hand fahren, wenn man ihnen so etwas impyuntet - sein Entstehen dem Christenthum, reicht mit ihnen tiefsten Wurzel in der christlichen Ideen jenseit. Demnach vertritt sich auch der Socialismus gar wohl mit dem Christenthum, wie solches ja in praxi die „Christlich-Socialen“ bewiesen.

Mag man an diesen Betrachtungen mit Recht manches ansetzen, das — scheint mir — haben sie doch bewiesen, daß Christenthum und Politik nicht incongruent, unverträgliche Größen sind, sondern sich sehr wohl untereinander vertragen. Ein großer Segen wäre es, wenn dies noch mehr geschähe, ein Segen für Staat und Kirche. Würden die politischen Gegenstände nicht ebenfalls gemildert werden, die verschiedenen politischen Richtungen zur Erreichung der hohen vaterländischen Ziele leichter sich einen lassen, wenn die politischen Gegner sich als christliche Freunde begrüßten und auf den neutralen, unparteiischen Boden der christlichen Bestrebungen und Ziele sich wieder zusammenfänden! Und nicht minder groß wäre der Segen für die Kirche. Sie würde noch mehr als bisher aus dem Streite

der Parteien herantretend das ihr am besten stehende Gewand des Friedens nicht so oft ablegen brauchen, sie würde, freier, unabhängiger geworden, nicht mehr vorwiegend an eine Partei gebunden, allen Parteien gleichmäßig ihre Dienste leisten können, von allen Parteien getragen, geliebt, geschützt werden, sie würde so ihre idealen Ziele viel umfangreicher verwirklichen sehen. Geradezu verhängnisvoll ist es für sie gewesen, daß sie Jahrzehnte lang fast nur eine Partei für sich hatte, nur einer Partei sich verwardt fühlte. Welche Schichten des Volkes sind ihr nicht zum wenigsten mit dadurch mehr oder weniger entfremdet worden.

Wir erhoffen nicht die volle Beroichtigung dieser schönen Fiktion; aber daß es etwas besser werden wird, dafür scheinen uns die Zeichen der Zeit zu sprechen. Wächst denn nicht gerade jetzt?

Zu der Vermählungsfeier in Athen.

Athen, 28. Oktober. Im königlichen Schlosse fand heute Mittag die Zeremonie des Handbundes statt. Die gesammte Generalität, die Staatswürdeinhaber, die höheren Offiziere und die Damen der vornehmen Gesellschaft desirten im Thronsaale vor dem Kronprinzen Constantin und seiner Gemahlin, deren Hände sie füllten.

Von d. n. 28. Oktober. Anlässlich der Hochzeitfeierlichkeiten bringen die Morgenblätter sympathische Artikel. Die „Morningpost“ meint, die Verbindung der beiden Länder werde nicht ohne manchen, Wundtührung auf die Orientfrage auswirken. England werde es stets mit Umsicht zu betrachten, wenn Deutschland einen maßgebenden und bestimmenden Einfluss auf Orientland ausübe, weil dies zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens beitrage.

Bel. 28. Oktober. Anlässlich der Vermählung wurde gestern in der griechischen Kirche ein feierliches Festmahl veranstaltet, welchem sämtliche Notabilitäten, die Generalkonsuln von Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland und viele andere hochbetitelt Persönlichkeiten beizuhörten.

Triest, 28. Oktober. Anlässlich der Hochzeitfeierlichkeiten fand gestern in Anwesenheit hervorragender Mitglieder der griechischen Kolonie ein Bankett im Hotel Bellevue statt. In der von der griechischen Eparchie geleitet wurde angetretener Dornvorstellung erziehen das Publikum in Gola und botte die archaische Nationalhymne lebend an.

Bermischte politische Mittheilungen.

\* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ publizirt folgendes Telegramm des Kaisers an den Reichsfinanzler Fürsten Bismarck:

„Büch von Bismarck“

Nach herausfinden schöner Fahrt hier im alten schönen Athen angefangen. Nach herrlichem Empfang von Fürst und Volk war Ihr Telegramm der erste Gruß von der Demark; herzlich dankt dafür, sowie Mein erstes Wort im Weiterland ein Gruß an Sie von der Stadt des Festes und von den Säulen des Rathens her, dessen erhabener Anblick Mir tiefen Eindruck macht.

\* Generalfeldmarschall Graf von Moltke dankt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ den Städten, Korporationen und Privaten, welche ihn aus Anlaß seines 89. Geburtstages beglückwünscht haben.

\* In der Eröffnungsrede für den Reichstag heißt es, die Wahrung des Hauses wird in Anspruch genommen werden, um die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit des Herrern des Verhältnisses entsprechend umzugehen und dadurch den auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen Seiner Majestät des Kaisers und Seiner hohen Verordneten denjenigen Ausdruck zu geben, welcher ihnen im Range der Völker gebührt. Hierzu kommt der feierliche „Reichsdruss“. Wir sind noch immer der feierlichen Meinung, daß alle europäischen Völker friedliebend sind und daß der Frieden nicht los auf ein Jahr, sondern für unabsehbar weite Zeit gesichert sein würde, wenn man die Sicherung nicht durch weitere Vergrößerung der stehenden Heere und durch weitere Fortentwicklung der Rüstungen zu erreichen besträbt wäre, vielmehr den Steuerzahlenden die dafür in Europa alljährlich verausgabten Milliarden Mark betriebe und durch die sich täglich naturgemäß vermehren der Völker, einschließlich der persönlichen Beziehungen der Nationen die Ueberragung der Notwendigkeit einer allmählichen Verrückung erwartet. Freilich ist dazu eine vollständig andere Politik erforderlich, als die im Deutschen Reich maßgebende.

Es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn der Reichsdruss nicht mit diesen Worten die Entwicklung seiner feierlichen Meinung“ abgebrochen, sondern wenn er sie vielmehr, statt durch Punkte Unbestimmtes anzudeuten, weiter gesprochen hätte. Die sehr dunkel gehaltene Wendung über die „vollständig andere Politik“, welche zu einem für unabsehbar weit Zeit gesicherten Frieden führen würde, zu einem positiven Programm zu erweitern, dürfte dem feierlichen Worte zwar schwer werden; aber gerade deshalb hätte es sich vor derartigen Phrasen hüten sollen. Unwillkürlich wird man nämlich durch obige Worte an die vom Reichstag mit größter Entrüstung in Abrede gestellten Pläne erinnert, welche der Opposition bekanntlich durch die Broschüre „Auch ein Programm aus den 99 Tagen“ ausgeprochen worden sind. Solche Gebankensgegenstände sollten doch freiermüthig Organe vermeiden herauszusagen.

\* Die unbegrenzte Dauer des Socialisierungsgesetzes nach dem neuesten Entwurf ist ohne Zweifel einer der wichtigsten Vorschläge des letzteren und wird die Er-

örterung darüber in erster Linie beherrichen. Im Allgemeinen ist unsere Gesetzgebung die Beschränkung auf eine bestimmte Frist fremd und das Socialisierungsgesetz kennzeichnet sich schon dadurch als eine außerordentliche, für ungewöhnliche und nach der Annahme des Gesetzesgebers vorübergehende Zustände berechnete Maßregel. Man kann auch der „Begründung“ des neuen Entwurfs in gewissem Sinne bestimmen, wenn sie anspricht, daß das Gesetz der socialdemokratischen Bewegung weit fähigeren Abbruch gestiftet hätte, wenn es von Anfang an als ein zeitliches Gesetz aufzufassen wäre, indem die in kurzen Pausen immer wieder auftauchende Frage der Verlängerung des Gesetzes stets einen erwünschten Stoff zur Agitation geboten hätte. Die „Begründung“ folgt die Einführung einer Fristbeschränkung beruht auf einem Beschlusse des Reichstags. Dies ist insofern richtig, als in dem am 9. September 1878 dem Reichstag vorgelegten Entwurf, der dann die Grundlage des bestehenden Gesetzes bildet, eine Fristbeschränkung nicht enthalten war, sondern erst vom Reichstag hinzugefügt wurde. Dagegen war in dem ersten, dem Reichstag am 20. Mai 1878 vorgelegten und dann gefeierten Entwurf allerdings eine Fristbeschränkung von drei Jahren ausgesprochen, und in allen späteren Vorlagen der Regierung war diese Fristbeschränkung beibehalten, einige Male wurde sie allerdings vom Reichstag etwas getilgt; die Beschränkung auf die kurze Zeit von zwei Jahren ging aber von der Regierung selbst aus. Die Fristbeschränkung ist also doch nicht so anschießlich, wie es die „Begründung“ darstellt, eine Erfindung des Reichstags.

\* Der neue Reichstag geht bekanntlich von einer nicht sehr erfreulichen Finanzlage, insofern als die eigenen Einnahmen des Reichs auch jetzt noch nicht so ergiebig sind, um eine bedeutende Steigerung der Materialerträge der Einzelstaaten zu verhindern. Es mag noch manches daran durch die Beschlüsse des Reichstags sich günstiger gestalten, bei den wachsenden Bedürfnissen des Reichs, insbesondere wenn erst die hohen und steigenden Anforderungen der Invaliditätsversicherung praktisch werden, wird man in Zukunft nicht rechnen müssen, daß die Einkünfte vom Reich durch die Materialerträge nicht nur aufgehoben, sondern noch überboten werden. Darin liegt für die Einzelstaaten eine dringende Anforderung, ihre eigenen Steuererträge nach Möglichkeit zu unterziehen, wo sie, wie in Preußen, einer solchen bedürftig sind. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß in der nächsten preussischen Landtagsession der so viel erwiderte Steuerreformentwurf vorgelegt werden wird. Aber die unvermeidliche Nothwendigkeit einer baldigen Steuererhöhung dieser Arbeit wird niemand bestreiten können.

\* Es fällt auf, daß der socialdemokratische Antrag auf Aufhebung sämtlicher Lebensmittelzölle nicht auch von den Deutschfreisinnigen mit unterzeichnet ist, die doch in ihrer Presse und in ihren Reden seit Monaten die Vertagung der Lebensmittelzölle die Zölle in den Mittelpunkt der Agitation gestellt haben. Statt dessen haben sie sich auf die einzigen Schweinezölle beschränkt. Sollte es ihnen inwägen zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Forderung der allgemeinen Aufhebung der landwirtschaftlichen Zölle doch in sehr wichtigen und zahlreichen Wählerkreisen Widerspruch findet und die Meinung für deutschfreisinnige Candidaturen nicht befördert? Gegenüber dem matten und scheuen Vorgehen der Deutschfreisinnigen kann man jedenfalls den Socialdemokraten die Consequenz und Energie nicht absprechen.

\* In der Generaldebatte über den Reichshaushaltsetat wird die nationalliberale Fraktion in erster Linie durch Herrn v. Bennigsen vertreten werden.

\* Man nimmt in den Reichstagskreisen an, daß die erste Lesung des Etats drei Tage erfordert werden. Beiläufig ist diese Berechnung, so wird die erste Verlesung des Socialisierungsgesetzes sich nicht vor Beginn der nächsten Woche ermöglichen lassen, da sämtliche Fraktionen das Bedürfnis haben werden, sich über den wichtigen Gegenstand vorher eingehend zu besprechen.

\* Die vom Landesökonomikcollegium eingeleitete Kommission zur Vorberatung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs hat sich u. A. in sehr eingehender Weise mit dem im Entwurf angenommenen Grundsatze: „Kauf bricht Miete“ beschäftigt. Mit 15 gegen 2 Stimmen hat sich die Kommission für den entgegengekehrten deutschrechtlichen Grundsatze: „Kauf bricht nicht Miete“ ausgesprochen und zwar mit der Begründung für den Fall der freiwilligen Veräußerung. Nach dem Entwurf, der nur für eine begrenzte Zahl dinglicher Rechte die Eintragung in das Grundbuch gestattet, ist die Eintragung des Mieth- oder Pachtrechtes unzulässig. Dagegen ist dem Miether oder Pächter die auch in vielen gemeinrechtlichen Gebieten bisher vorhandene Möglichkeit entzogen, sein Recht sicher zu stellen. Die große Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß die Eintragung des Mieth- oder Pachtrechtes zu gestatten und daß im Falle der Zwangsveräußerung das eingetragene Recht wie andere eingetragene Realrechte zu behandeln sei. Die Kommission konnte sich schließlich zu folgendem Antrage:

„Das Landesökonomikcollegium möge beschließen: 1) Anstatt des im Entwurf angenommenen Grundsatzes: „Kauf bricht Miete“ ist der entgegengekehrte Grundsatze: „Kauf bricht nicht Miete“ zu billigen. 2) Die Eintragung des Mieth- oder Pachtrechtes in das Grundbuch nicht gestattet sein. 3) Es empfiehlt sich, bei der Zwangsveräußerung das Mieth- und Pachtrecht wie andere Realrechte zu behandeln, jedoch mit der Maßgabe,





